



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 17.02.2014 bis 21.02.2014



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

medial war die Sitzung des Innenausschusses im Deutschen Bundestag rund um den „Fall Edathy“ vorherrschend. Heerscharen von Journalisten drängten sich vor dem Saal des Innenausschusses im Paul-Löbe-Haus und versuchten, ein Interview mit einem der Anwesenden zu erhalten. Mir ist es in dieser gesamten Debatte



wichtig, dass die Kinderrechte noch weiter geschützt werden. Es ist für mich nicht zu verstehen, dass Nacktaufnahmen von Jungen unter 14 Jahren nicht strafrechtlich relevant sein sollen. Kinder zu missbrauchen, um die eigenen Triebe zu befriedigen ist in jeglicher Form unter Strafe zu stellen. Mit dem Körper minderjähriger Kinder dürfen keine Geschäfte gemacht werden. Deswegen dürfen die Vorgänge um den ehemaligen SPD-Abgeordneten Edathy auch nicht bagatellisiert werden.

Auch in dieser Woche prägte meine Arbeit die Fragestellungen rund um die Asylantragsteller und die Auswirkungen auf meinen Wahlkreis in Essen. Als zuständige Berichterstatterin für Asyl im Ausschuss für Arbeit und Soziales sprach ich mit Vertretern des Bundesministeriums des Innern, die mir bestätigten, dass die Länder Serbien, Bosnien und Mazedonien noch vor der Sommerpause des Bundestages als sog. „Sichere Herkunftsländer“ im Asylrecht geführt werden sollen. Dies würde bedeuten, dass eine wesentlich schnellere Antragsbearbeitung erfolgen könnte und eine Unterbringung auf Kosten der Kommunen ausbleiben würde. In den kommenden Wochen werden zu diesem Zweck weitere Gespräche mit verschiedenen Vertretern auf Bundes- und kommunaler Ebene geführt werden. Für Essen selbst bedeutet dies zunächst, dass in der Debatte um den Ausbau der Flüchtlingsheime diese geplante Gesetzesänderung Berücksichtigung finden muss.

Was noch geschah, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ihre

Jutta Eckenbach

In dieser Ausgabe:

RWE-Talk in Berlin	2
BA-Chef stellt im Ausschuss seinen Haushalt vor	2
Rentenbeiträge	2
Situation der freiberuflichen Hebammen	3
Mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe	3

Terminankündigung

Eröffnung der Wanderausstellung „Deutscher Bundestag“ am **12. Mai 2014** um **14:30 Uhr** im **Musiksaal des Leibniz-Gymnasiums** in Essen.

RWE-Talk in Berlin

Am Mittwoch Abend folgte ich der Einladung von RWE in die Konzernzentrale in Berlin. Unter dem Titel „RWE-Talk - Die Energiewende im Umbruch - wie verändert sich RWE?“ wurde über die Zukunft des Konzerns mit interessierten Zuhörern referiert. Besonders deutlich wurde gemacht, dass alle Entscheidungen auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getragen werden sollten. Denn nur gemeinsam sei eine Umstrukturierung den Konzerns für die Zukunft möglich.

BA-Chef stellt im Ausschuss seinen Haushalt vor

Am Mittwoch wurde im Ausschuss für Arbeit und Soziales der Haushaltentwurf der Bundesagentur durch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Frank-Jürgen Weise vorgestellt. Wichtig ist, dass dieser Haushalt - trotz hervorragender wirtschaftlicher Konjunktur - stabil bleibt.

Dies bedeutet, dass der Bund keine Mittelkürzung vornimmt. Vielmehr werden die Unterstützungsleistungen in den Bereichen Langzeitarbeitslosigkeit, Fachkräftemangel und Prävention ausgebaut. Demnach erfolgt zur Verbesserung in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit neben der finanziellen Unterstützung auch eine personelle Aufwertung in den Jobcentern vor Ort.

In einen besonderen Fokus werden ältere Arbeitnehmer genommen. Sie und Ihre Arbeitgeber sollen Unterstützung finden, um den Verbleib im Betrieb zu sichern. Denn gerade älteren Arbeitnehmern fällt es im Falle eines Jobabbaus besonders schwer den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Erfreulich war die Aussage, dass im Schnitt innerhalb von 3 Monaten eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung erfolgen kann. Süddeutschland ist bei der Vermittlung führend.

Rentenbeiträge

Die Rentenbeiträge waren in dieser Woche Thema einer Öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

Um die Verbesserungen bei der Mütterrente, bei der Erwerbsminderungsrente, bei den Reha-Maßnahmen und die Rente mit 63 für einen eng definierten Personenkreis umsetzen zu können, wird finanzieller Spielraum benötigt. Dies wird erreicht, indem die Beitragssätze in der Rentenversicherung nicht – wie ursprünglich vorgesehen – sinken, sondern auf dem aktuellen Niveau bleiben.

Die Sachverständigen unterstützen mit überwältigender Mehrheit die Festschreibung der Beitragssätze, auch wenn durchaus darauf hingewiesen wurde, dass die verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten für 9,5 Millionen Mütter und Väter möglichst schnell von einer vollständigen Steuerfinanzierung abgelöst werden sollten. Die unionsgeführte

Bundesregierung wird das wie angekündigt auch umsetzen, da der steuerliche finanzierte Bundeszuschuss entsprechend angehoben werden soll. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht Bestandteil des Rentenbeitragsgesetzes, sondern werden in den nächsten Wochen im sog. Rentenpaket beraten.

Situation der freiberuflichen Hebammen

Mit immer teurer werdenden und schwer zugänglichen Haftpflichtversicherungen wird die Berufsausübung für freiberufliche Hebammen immer schwieriger. Nicht zuletzt die Aussage einer großen Versicherung, ab Sommer 2015 keine derartigen Haftpflichtversicherungen anzubieten, spitzen die Situation zu.

Aus diesem Grunde führten die Parlamentarische Staatssekretärin Ingrid Fischbach MdB und der Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe MdB am Dienstag mit den Hebammen-Verbänden ein ausführliches Gespräch. Erwogen werden ebenso kurzfristige wie langfristige Lösungen. Bereits im vergangenen Jahr befasst sich eine interministerielle Arbeitsgruppe mit dieser Thematik.

Derzeit wird der Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe mit den Hebammenverbänden nochmals abgestimmt und soll noch im ersten Quartal 2014 vorgelegt werden. Da im Rahmen der Arbeitsgruppe insbesondere auch die Vorschläge der Hebammen zu einer möglichen Umgestaltung der Kostentragung der Berufshaftpflichtprämien erörtert wurden und neben der Kostenproblematik versicherungsrechtliche Fragen eine Rolle spielen, werden wir die Vorlage des Berichtes abwarten und auf dieser Grundlage mit allen Beteiligten an einer tragfähigen Perspektive für die Hebammenversorgung in Deutschland arbeiten. Wir brauchen eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik, damit die Betreuung durch Hebammen auch dauerhaft gesichert bleibt

Mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe

Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten hatten Ende 2013 insgesamt 5,3 Millionen Personen in Lohn und Brot. Das waren 0,7 % mehr als ein Jahr zuvor – oder um es greifbarer auszudrücken: 39.000 Menschen fanden hier eine neue Anstellung.

Am stärksten stiegen die Beschäftigtenzahlen in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+2,1 %) und in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+1,4 %). Verringert hat sich hingegen die Zahl der Beschäftigten in der Metallerzeugung und -bearbeitung (-0,9 %) sowie in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (-0,7 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Allen Karnevalisten eine schöne Zeit - Essen helau!

Redaktion: Kristina Herbst, LL.M.
Büro Jutta Eckenbach MdB
Tel.: 030/227-72567

Email: jutta.eckenbach@bundestag.de
Homepage: www.juttaeckenbach.de
Fax: 030/227-76569